„Frieden in der Ukraine“: welch verheißungsvoller Titel! Jacques Baud lässt in seinem neuen Buch „zwölf Jahre der Unvereinbarkeit von Ost und West“ Revue passieren. Wobei es immer wieder Chancen für eine friedliche Beilegung des Konflikts gegeben hat. Wie kam es, dass sie vertan wurden? Wenn die EU dazu beitrug, wie sollen Friedensverhandlungen mit ihrer Beteiligung funktionieren? Eine Rezension von **Irmtraud Gutschke**.

Ein Cover, das geradezu ein Sehnsuchtsbild ist: Zwei einander entgegengestreckte Hände – noch ist ein Abstand zwischen ihnen, aber sie werden einander begegnen.

Jacques Baud, Jahrgang 1951, stand im Kalten Krieg auf der Seite des Westens. Einst Oberst der Schweizer Armee, hat er uns Lesern militärische Expertise voraus. Beim Schweizer Strategischen Nachrichtendienst war er als Analyst für die Ostblockstaaten und den Warschauer Pakt zuständig, damals hat er auch Russisch gelernt. Von 2009 bis 2011 arbeitete er für die UNO, spezialisiert auf friedenserhaltende Operationen insbesondere in Afrika.

Die Lage in der Ukraine hat er seit 2014 immer wieder vor Ort verfolgt. Im Rahmen der NATO beschäftigte er sich mit der Umstrukturierung der ukrainischen Streitkräfte und einem humanitären Minenräumprojekt im Donbass. Als Augenzeuge nimmt er immer wieder westliche Desinformationen auseinander. Dafür wurde er bestraft.

Zur Abschreckung anderer kritischer Geister hat die EU ihn am 15. Dezember 2025 „mit Sanktionen gegen Russlands destabilisierende Handlungen im Ausland“ belegt – so weitreichend, wie man es kaum für möglich hält. „Mein Vermögen in der EU wurde eingefroren und mir wurde untersagt, mich auf dem Gebiet der EU zu bewegen. Bei Drucklegung dieses Werkes habe ich nicht die Möglichkeit, Lebensmittel zu kaufen, meine Rechnungen oder Arztkosten zu bezahlen.“ Dabei sei die Sanktionsentscheidung durch Aussagen gerechtfertigt worden, die er nie getätigt habe. Es gab keinen Richter und keinen Anwalt. „Ganz allgemein bestätigen diese Sanktionen eine Tendenz, die sich überall beobachten lässt: das Verschwinden des Dialogs zugunsten von Zwangsmaßnahmen als Mittel der Außenpolitik.“ [1] Die *NachDenkSeiten* sind auf die skandalösen Sanktionen gegen Baud in einigen Artikeln eingegangen, etwa im Beitrag „Der Skandal um Jacques Baud: Die EU, die ‚Gedankenverbrechen‘ und die Drohungen der Bundesregierung“ .

Und trotzdem ist dieses Buch in zahlreichen Ländern erschienen. Zu wichtig ist es, als dass man es hätte übergehen können.

In den Wirren ukrainischer Geschichte

Dankbar war ich schon für das Einleitungskapitel, in dem die historischen Beziehungen zwischen der Ukraine und Russland beleuchtet werden. Da es im Buch vornehmlich um Gegenwärtiges geht, umfasst die Einleitung nur fünf Seiten. Da erlaube ich mir, einiges hinzuzufügen, denn viele heutige Spannungen nähren sich aus der Geschichte. Dass die Ukraine als Staat erst 1991 mit dem Zerfall der UdSSR entstand und bis heute auf unterschiedlichen Traditionen beruht, wie Jacques Baud schreibt, ist nicht falsch, schließt aber frühere Versuche einer Unabhängigkeit nicht ein.

Bis zum Ersten Weltkrieg waren Ost- und Südukraine Teil des Zarenreichs. Der Westen gehörte zu Österreich-Ungarn, war allerdings von mehreren Nationalitäten geprägt – Transkarpatien von Ungarn, die Bukowina von Rumänien, Galizien kam im Zuge der ersten Teilung Polens 1772 unter österreichische Herrschaft.

Nach dem Zusammenbruch des Zarenreichs 1917 existierte im Osten kurzzeitig eine unabhängige, sozialistisch orientierte „Ukrainische Volksrepublik“, die, von Sowjetrussland nicht anerkannt, am 9. Februar 1918 einen „Brotfrieden“ mit den Mittelmächten schloss. Die waren an Lebensmittellieferungen interessiert und boten dafür gern Militärhilfe an. Das sollte der „Volksrepublik“ zum Verhängnis werden. Ein Staatsstreich, unterstützt von deutschen und österreichisch-ungarischen Besatzungstruppen, führte am 29. April 1918 zu einem Systemwechsel. Der neue „Ukrainische Staat“ setzte nun auf die Tradition des historischen Kosaken-Hetmanats und kann durchaus als deutsches Protektorat bezeichnet werden. Die fremden Truppen mussten im Dezember 1918 nach der deutschen Niederlage im Ersten Weltkrieg abziehen. Die „Ukrainische Volksrepublik“ wurde unter Symon Petljura restauriert, existierte aber nur kurz.

In Lwiw war im September 1918 nach dem Zerfall der Habsburger Monarchie eine „Westukrainische Volksrepublik“ ausgerufen worden. Kurzzeitig schloss sie sich mit der „Ukrainischen Volksrepublik“ zusammen. Mit dem Einmarsch der Roten Armee wurde am 6. Januar 1919 die „Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik“ ausgerufen, was keineswegs zu Ruhe im Lande führte. Ukrainische Nationalisten, Bolschewiki, die russische „Weiße Armee“, polnische Truppen sowie anarchistische Bauernarmeen kämpften um Kontrolle.

Ab Februar 1919 kam es zudem zum Polnisch-Sowjetischen Krieg, auf polnischer Seite unterstützt von ukrainischen Nationalisten. Mit dem „Friedensvertrag von

Riga“ am 18. März 1921 wurden Gebiete des heutigen Belarus und der Ukraine zwischen Polen und der Sowjetunion aufgeteilt. Über die Köpfe der Betroffenen hinweg – das bleibt bis heute eine offene Wunde.

Am 17. September 1939 marschierte die Rote Armee im Zuge des Hitler-Stalin-Paktes in die Westukraine ein und eroberte das Gebiet 1944 gänzlich zurück. Dagegen hat sich in der Sowjetunion wie in Polen die Ukrainische Aufständische Armee (UPA) zur Wehr gesetzt. Die war der bewaffnete Arm der Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN unter Leitung von Stepan Bandera), die zeitweise mit dem NS-Regime in Verbindung stand. In Russland, Polen (Massaker von Wolhynien) und Israel (Judenpogrome) gilt sie als „faschistisch“, in der heutigen Ukraine wird sie als heldenhafte Befreiungsarmee verehrt.

Jacques Baud verweist zudem auf die Hungersnot („Holodomor“) zwischen 1932 und 1933, die in der Ukraine 4 bis 7 Millionen Tote forderte und von der ukrainischen Bevölkerung in Zusammenhang mit der „Überrepräsentierung von Juden in der Führung der kommunistischen Partei und den Führungskadern des NKWD“ in Zusammenhang gebracht wurde. „Davon ist ein tiefer Hass sowohl gegen das Machtzentrum Moskau als auch gegen die Juden zurückgeblieben.“ Daher sei es „wenig überraschend festzustellen, dass sich auf diesem Gebiet während des Zweiten Weltkriegs einige der tragischsten Episoden des Holocaust abgespielt haben“. [2]

Wobei hinzugefügt werden muss, dass es 1932 auch in Kasachstan, in Südrussland und im Kaukasus eine Hungersnot gab, an der die Stalin‘sche Politik gegen die Bauern die Schuld trug: Zwangskollektivierung, Beschlagnahmung von Lebensmitteln, ein hohes Abgabesoll für Getreide, das auch exportiert wurde. Ab 1933 wurden die Ablieferungsquoten gesenkt, und es gab eine gewisse Nahrungsmittelhilfe. Es stimmt aber auch, dass Stalin der Ukraine mit Misstrauen begegnete. Lenin hatte noch auf eine Förderung der ukrainischen Sprache und Kultur gesetzt, damit sich das Land in die Sowjetunion „einwurzeln“ könne. Aus seiner totalitären Machtlogik heraus machte Stalin dem ein Ende. Furcht vor politischem Separatismus oder nur Paranoia?

Ukrainische Unabhängigkeitsbestrebungen gibt es seit über 200 Jahren. Nun endlich sollen sie sich erfüllen. Der Nationalismus in der Ukraine hat tiefe Wurzeln in der Geschichte und wird heute zum Zwecke des staatlichen Zusammenhalts – vor allem gegen Russland – instrumentalisiert.

Der Euromaidan und seine Folgen

Dass sich das EU-Parlament am 12. Dezember 2012 in einer Resolution gegen „rassistische, antisemitische und fremdenfeindliche“ Tendenzen in der Ukraine wandte, wusste ich bislang noch nicht. [3] Explizit betraf das die rechtsextreme Bewegung Swoboda, die auf dem „Euromaidan“ (Dezember 2013 bis Februar 2014) dann eine große Rolle spielte.

Es ist ja schon einiges darüber geschrieben worden, zumal es zahlreiche gut recherchierte Bücher zum Ukraine-Konflikt gibt. [4] Gerade erst hat Daniele Ganser in aller Genauigkeit dargestellt, wie der Putsch 2014 seitens der USA vorbereitet und finanziert wurde. „Der Euromaidan war eine Operation unter falscher Flagge“, um die Schuld für das Massaker Präsident Janukowitsch in die Schuhe zu schieben. Nach dem Putsch wurde Arsenij Jazenjuk zum Premierminister ernannt, wie Victoria Nuland es in einem abgehörten Telefonat gefordert hatte. Präsident Obama räumte später ein, „dass die USA beim Machtwechsel involviert gewesen waren“. [5]

Jacques Baud geht stärker auf die Rolle die EU ein. Zwischen dem ukrainischen Wunsch, durch Wirtschaftshilfe und Subventionen von der EU zu profitieren, und der traditionellen Verflechtung mit der russischen Wirtschaft hätte sich nach Worten des damaligen ukrainischen Ministerpräsidenten Mykola Asarow ein Kompromiss finden lassen können. Diesbezüglich habe Russland eine Dreiparteien-Arbeitsgruppe vorgeschlagen. Aber der damalige Präsident der Europäischen Kommission José Manuel Barroso drängte auf eine schnelle Entscheidung und wies den russischen Vorschlag zurück.

Warum wohl? Dreiseitige Verhandlungen zwischen Ukraine, EU und Russland hätten damals schon auf jene europäische Sicherheitsordnung hinwirken können, die Gorbatschow im Auge hatte und die auch heute wieder zur Diskussion steht. Ja, perspektivisch wäre gar die Chance auf jenen gigantischen Wirtschaftsraum zwischen Lissabon und Wladiwostok entstanden (von China war damals noch nicht die Rede), den die USA um jeden Preis verhindern wollten.

Jacques Baud: „Von 2014 an ging es darum, den historischen Einfluss Russlands im Land zu schwächen, damit der Ukraine eine schrittweise Eingliederung in den Westen ermöglicht werden konnte. Um einen Staatsstreich als ‚demokratisch‘ bezeichnen zu können, musste der maßlose Einsatz von paramilitärischen Einheiten aus dem rechtsextremen europäischen Spektrum verschwiegen werden“, welche seit 2014 von Ländern wie Frankreich, Großbritannien und Kanada ausgebildet,

finanziert und bewaffnet wurden. [6]

Am 23. Februar 2014 war der erste Rechtsakt der neuen Machthaber die Abschaffung des Gesetzes von 2012, das die russische Sprache als eine offizielle neben der ukrainischen festschrieb. Damit war eine Lunte gelegt. Gegen Demonstrationen im Süden und Osten des Landes wurden paramilitärische Einheiten aufgestellt, denn in der regulären Armee waren viele ethnische Russen. Dass die NATO um Hilfe gebeten wurde, so Jacques Baud, sei der Hintergrund für seine Entsendung nach Odessa gewesen.

Detailliert geht er auf die „Krimfrage“ und die „grünen Männchen“ ein, auf das „Budapester Memorandum und die beiden Minsker Abkommen, die zu einer Waffenruhe in den Regionen Donezk und Lugansk führen sollten. Nach Durchführung von Lokalwahlen und dem Abschluss der Verfassungsreform über einen Sonderstatus der Ostukraine sollte die ukrainische Regierung die volle Kontrolle über ihre Grenze zu Russland zurückerhalten, hätte aber Bankdienstleistungen sowie Renten- und Sozialzahlungen in den umkämpften Gebieten wieder aufnehmen sollen.

Diese Abkommen hätten den Krieg verhindern können, meint Jacques Baud. Aber sollten sie das überhaupt, überlege ich. Sollte die Ukraine durch Zeitgewinn nicht bloß „stärker werden“, wie Angela Merkel später in einem Interview mit der *Zeit* betonte? Sollten Russland und die Ukraine in einem Stellvertreterkrieg in eine „strategische Falle“ gelockt werden? [7]

Nicht nur, dass die Kiewer Führung ein Problem damit hatte, mit jenen zu verhandeln, die sie als „Separatisten“ erbarmungslos bekämpfte, die Umsetzung von Minsk I und II hätte dem (eigentlich unrealistischen) Konzept einer national homogenen Ukraine widersprochen. „Die Umsetzung der Minsker Abkommen würde für unseren Staat den Tod bedeuten“, wird Dmytro Jarosch, der Befehlshaber der bewaffneten Kräfte des „Rechten Sektors“, im Mai 2019 zitiert. „Es ist eine Möglichkeit, Zeit zu gewinnen, die ukrainischen Streitkräfte zu bewaffnen und die weltbesten Standards im Bereich der nationalen Sicherheit und der Verteidigung zu übernehmen.“ [8]

Damals war Wolodymyr Selenskyj gerade zum Präsidenten gewählt worden – mit dem Versprechen, eine Lösung des Konflikts mit Russland zu finden. Aber den Widerstand der Ultranationalisten konnte er nicht überwinden. Am 18. März 2019 erläuterte sein Wahlkampfmanager Oleksij Arestowytsch vor dem Mikrofon des

Senders *Apostrof*, dass das Ziel der Ukraine die NATO-Mitgliedschaft sei und es dafür eines großen Krieges bedürfe. Baud verweist in diesem Zusammenhang auf eine 300-seitige Analyse der RAND-Corporation, welche der Ukraine nach einer kurzen Kampfphase den Sieg versprach. Massive Sanktionen, die plötzlich und multilateral verhängt würden, könnten Russland in wenigen Tagen in die Knie zwingen. Baud: „Im Übrigen handelt es sich hier um dieselbe Logik, die die Europäer veranlassen wird, die von Selenskyj Anfang 2022 unternommenen Friedensbemühungen zunichtezumachen.“ [9]

Selenskyjs Dekret zur Rückeroberung der Krim und des Südens der Ukraine vom 24. März 2021, das russische Ersuchen vom 15. Dezember 2021 um Sicherheitsgarantien, der Anruf von Dmitri Kosak, dem stellvertretenden Leiter der russischen Präsidialverwaltung, bei Selenskyjs Kabinettschef Andrij Jermak am Morgen des 24. Februar – Schritt für Schritt folgt das Buch dem Lauf der Ereignisse. Die Friedensgespräche in Istanbul März-April 2022, das Eingreifen von Boris Johnson, der sich erneut einmischt, als Recep Tayyip Erdogan Selenskyj vorschlägt, ein Treffen mit Putin zu organisieren. Mehrere Verhandlungsversuche, von Russland positiv aufgenommen, wurden von europäischer Seite gestoppt. Stück für Stück wurde Europa zur Kriegspartei.

Selenskyjs Dekret vom 30. September 2022, das Verhandlungen mit Putin verbietet, ist immer noch in Kraft. Unterstützt durch westliche Militärhilfe und ausländische Söldner, wird die ukrainische Armee in den Kampf geschickt, um die inzwischen von Russland beanspruchten Gebiete zurückzugewinnen. Dabei gibt es kein Tabu mehr – bis hin zu Schlägen ins russische Hinterland. Gekämpft wird mit allen Mitteln.

Immer erbitterter scheint auch die Stimmung in Russland zu werden. Keine Abstriche an den gesetzten Zielen. Im Buch sind die verschiedenen diplomatischen Initiativen dokumentiert, aber letztlich will jede Seite die Kapitulation der anderen.

Daran hat sich mit den Bemühungen der Vereinigten Staaten um eine politische Lösung seit 2025 wenig geändert. Allerdings wird jetzt offen zugegeben, dass die Biden-Administration die Ukraine zu einem Stellvertreterkrieg verführte. Ähnliches ist aus Deutschland und der EU zu hören. Wobei offenbar nicht ein ukrainischer Sieg im Zentrum steht, für den es keine Strategie gibt, sondern nur eine russische Niederlage.

Eine irrationale, hassgesteuerte Politik

Wie soll man das erklären? „Unsere Politiker werden zu Sprachrohren eines Hasses, der in der Geschichte seinesgleichen sucht.“ Jacques Baud hat viele Beispiele dafür, ob in Europa oder der Ukraine selbst, und er liegt nicht falsch, dabei auf das Erbe der 1930er-Jahre zu verweisen. Der Krieg könnte beendet werden, indem man die Waffenlieferungen stoppt. Dabei „läuft die Ukraine in Gefahr, als Staat zu verschwinden. Nicht geographisch, sondern weil ihr Potenzial verschwindet … Das Land hängt am Tropf des Westens, seine Wirtschaft liegt am Boden. Der Wille zur Unterstützung der Ukraine ist zweifelsohne vorhanden, aber es fehlt an zwei Dingen: an den Mitteln und an einem Ziel. Deshalb gerät Brüssel in Panik, wenn es darum geht, seinen Haushalt für 2026/27 zu finanzieren.“ [10]

Dabei scheint es Ursula von der Leyens Wunschtraum zu sein, die EU auszudehnen, um sich mit Russland messen zu können. Deshalb werden auch strukturschwache Länder zu Beitrittskandidaten, was kaum zu finanzieren ist und innerhalb der EU zu Widerstand führt. Die EU soll eine so starke militärische Macht werden, dass sie eine Alternative zur NATO bieten könnte – gegen Russland, wo man sich einen Machtwechsel wünscht. Ein Endloskonflikt in der Ukraine wird dafür in Kauf genommen.

Gescheiterte Friedensbemühungen und Kriegshysterie

Im Anhang des Buches sind mehrere Vorschläge zur Beilegung der Ukraine-Krise im Wortlaut abgedruckt. Zuletzt Selenskyjs 20-Punkte-Plan vom 23. September 2025. Inzwischen verstehe ich, warum Selenskyj von Daniele Ganser als „tragische Figur der Weltgeschichte“ bezeichnet wird. Er wurde gewählt, weil er den Bürgerkrieg im Donbass beenden wollte. Doch geriet er unter einen solchen innen- und außenpolitischen Druck, dass er sich in einen größeren Krieg hineinziehen ließ, der ihn völlig vom Westen abhängig macht. Ein Sieg über Russland steht nicht in Aussicht, doch muss er ihn immer wieder herbeireden und sich Vorschläge ausdenken, um besonders Trump bei Laune zu halten.

Denn der hat die Nase voll von der Ukraine, zumal er in seinem Wahlkampf einen Rückzug aus dem Konflikt versprochen hatte. „Um ein Debakel wie das von Biden 2021 in Afghanistan zu vermeiden, versucht er, eine Verhandlungslösung herbeizuführen. Deshalb wechselt er zwischen diplomatischen Gesten (wie etwa dem Gipfeltreffen in Anchorage im August 2025) und Sanktionen (beispielsweise gegen Rosneft und Lukoil im November 2025). Er spielt mit Zuckerbrot und Peitsche.“ [11]

Das Londoner Treffen vom 23. April 2025, die Istanbuler Verhandlungen im Mai und Juni 2025, der neue „Siegesplan der Ukraine“ vom Juli 2025, der Anchorage-Gipfel vom 15. August 2025, gegen den sich die EU empörte, der Budapest-Gipfel im Oktober 2025, der von Trump abgesagt werden musste, weil er von Selenskyj keine brauchbaren Vorschläge bekam. Der amerikanische 28-Punkte-Plan vom November 2025, in Beratung mit Russland entworfen, der europäische Gegenvorschlag, die Geheimkontakte in Abu Dhabi am 24. November 2025, die „Verhandlungen“ von Berlin am 15. Dezember 2025, Selenskyjs 20-Punkte-Plan vom 23. Dezember 2025, der Gipfel von Paris am 6. Januar 2026, das Weltwirtschaftsforum in Davos vom 19. bis zum 23. Januar 2026 … Eine beeindruckende Abfolge diplomatischer Aktivitäten, die indes nicht zu einer Lösung des Konflikts führten.

Denn immer wieder gab es Eskalationen wie den Angriff auf Putins Waldai-Residenz in der Nacht vom 28. Auf den 29. Dezember 2025, um den sich noch manche Geheimnisse ranken. Zu diesem Zeitpunkt habe die CIA noch 84 Agenten in der Ukraine unterhalten und die ukrainischen Angriffe auf russische Erdöl-Einrichtungen gesteuert. Da werde „die Doppelzüngigkeit von Donald Trump deutlich, der zwar Militärschläge in die Tiefe Russlands ablehnt, der CIA jedoch erlaubt haben soll, diese durchzuführen. [12]

Ausführlich beleuchtet Jacques Baud die Lage an der Front und die gefälschten Berichte darüber, ebenso das europäische Narrativ von einer russischen „hybriden Kriegsführung“, die Europa zur Zielscheibe machen würde. „Am 15. November 2025 erklärte der deutsche Verteidigungsminister Boris Pistorius, Europa habe vielleicht ‚den letzten Friedenssommer‘ erlebt, vor einem Angriff 2028 oder 2029.“ [13]

Angeblich russische Drohnen tauchten im Polen auf. Auch an den Vorfall mit einer Drohne auf dem Leipziger Flughafen erinnert man sich. Jacques Baud: „Die Europäer versuchen, die Lage in der Ukraine zu verschärfen, um die Amerikaner vor Ort zu halten.“ Natürlich führe Russland Geheimoperationen durch. Die haben aber mit Sicherheit nicht das Erscheinungsbild, das wir ihnen zuschreiben und die Kohärenz mit ihren militärischen Operationen ist dabei wesentlich größer, als wir es uns vorstellen.“ [14]

Westliche Unkenntnis der Lage

Panikmache bei gleichzeitiger Unterschätzung Russlands: Hat Jacques Baud recht, wenn er nicht nur Politik und Medien, sondern auch den Nachrichtendiensten die Verantwortung dafür gibt? Mit seiner Erfahrung müsste er es wissen. „Die

westlichen Regierungsentscheidungen zeugen von einer tiefen Unkenntnis der Lage sowie der Faktoren des Ukrainekonflikts … Unsere Politiker werden von Verschwörungstheorien in unseren Medien geleitet … Die europäischen Nachrichtendienste haben sich wie Medien verhalten und waren nicht imstande, ein wirklichkeitsgetreues Bild der Lage zu geben …“ [15]

Wobei ich doch glauben möchte, dass es in den Nachrichtendiensten und im Auswärtigen Amt Leute gibt, die Russisch können und die Lage entsprechend zu analysieren vermögen. Das Problem wird sein, dass ihnen bereits eine bestimmte Haltung beigebracht wurde, dass sie sich angepasst haben, wie es von Staatsbediensteten verlangt wird. Mit einem klaren Feindbild im Kopf lässt sich vielleicht ein Krieg führen, aber einen Krieg beenden kann man auf diese Weise nicht. Baud:

> *„Nachdem Europa das Feuer entfacht hat, goss es regelmäßig Öl hinein, ohne zu irgendeinem Zeitpunkt auch nur in der Lage zu sein, die Situation zu kontrollieren. Europa wollte Russland bekämpfen und hat es dabei, objektiv betrachtet, militärisch, wirtschaftlich und diplomatisch gestärkt. Und was noch schwerer wiegt: Europa hat systematisch die Werte zerstört, die es doch verteidigen wollte.“ [16]*

Dabei, das stellt Jacques Baud klar, haben die Amerikaner (und auch die Europäer) nicht verstanden, wie „unumgänglich die russische Position ist. Die Russen haben auf dem Schlachtfeld die Oberhand, und die vielen Versuche, mit Sanktionen Druck auszuüben, sind regelmäßig gescheitert. … In dieser Situation nach den vereitelten und nicht eingehaltenen Abkommen, ist es schier unmöglich geworden, Wladimir Putin eine Lösung aufzudrängen, die der Ukraine eine Hintertür offenlässt.“ [17]

Verhandlungen unter Einbeziehung der EU

Vom Vorschlag seitens der USA, Europa in die Verhandlungen einzubinden, konnte Jacques Baud noch nichts wissen. Klar, dass dies medial so dargestellt wird, als habe sich Russland europäischem Druck gebeugt. Vehement zurückgewiesen wird das Verhandlungsziel des Gedankens einer neuen Friedensordnung in Europa. Russland habe doch „unsere kontinentale Friedensordnung herausgefordert“, so Kanzler Merz.[18] Vielmehr sieht er „unsere Werte“ durch die NATO geschützt. Gegen wen? Gegen Russland natürlich, was der Bevölkerung auch entsprechend

eingehämmert wird.

Entsprechend betrachtet Russland die NATO als Bedrohung. Nach der NATO-Osterweiterung hat der geplante Beitritt der Ukraine zur Allianz das Fass zum Überlaufen gebracht. Trump scheint diese Logik verstanden zu haben. Merz dagegen sieht in der NATO einen Schutzmantel und befürchtet das Schlimmste, wenn dieser löchrig werden sollte. Das sind konträre Sicherheitsinteressen, die in den Verhandlungen rational erkannt und ausdiskutiert werden müssen.

Dass die Teilnahme Europas „ein chaotisches Umfeld“ schaffen würde, darin hat Fjodor Lukjanow, Chefredakteur der Zeitschrift *Russia in Global Affairs*, wohl recht.[19] Gerade bereitet die EU ihr 22. Sanktionspaket gegen Russland vor. Kein Grund, ihr dort zu vertrauen. Und dennoch muss sie beteiligt sein, eine Übereinkunft zu finden. Sonst wäre die „neue Friedensordnung“ keinen Pfifferling wert.

Ein schwieriger Weg mit vielen Klippen. Misstrauen auf allen Seiten, Emotionen werden aufeinanderprallen. Wenn die Gespräche platzen, wird der Krieg erst einmal fortgesetzt. Russland wird den Druck erhöhen, Selenskyj noch dringlicher Waffen fordern, die europäische Verschuldung wird wachsen, Proteste in den einzelnen EU-Ländern dagegen auch. Machtpositionen werden wanken. Und viele Menschen auf ukrainischer wie auf russischer Seite werden sterben. Wie lange dieses Chaos währt, wird von den Verhandlungspartnern abhängen.

Kriege enden, wenn Gegner aufeinander zugehen. Gespräche müssen im Verständnis beider Seiten geführt werden, was Trump wohl versucht. Er hat dabei nichts zu verlieren, nur die Chance, irgendwann doch den ersehnten Friedensnobelpreis zu bekommen. Die anderen aber stehen zu Hause unter Druck, keinesfalls etwas von den Positionen preiszugeben, die sie herausposaunt haben. Da wird ihnen ein Kunststück abverlangt, das weitaus schwieriger ist als das von Trump.

Das Kunststück wäre, wenn jede Seite mit dem Ergebnis der Verhandlungen, wenigstens symbolisch, einen Erfolg verbinden könnte. Wenn Russland auf eine bedingungslose Kapitulation der Ukraine hinarbeiten wollte, wären solche Bemühungen überflüssig. Aber das ist kurzfristig gedacht. In der Ukraine würde es weiter brodeln. Und die hektische Militarisierung Westeuropas wäre nicht vom Tisch.

Es brauchte wohl die leuchtende Umgebung eines Berliner Weihnachtsmarkts, dass mir ein verrückter Gedanke kam: Könnte Russland das übrige Europa gar aus seinen

Ängsten retten, ihm neue Perspektiven geben? Illusionär, weil die Verbitterung gegenüber dem „kollektiven Westen“, wie sie es nennen, dort so tief sitzt, dass nur noch Stärke zu zählen scheint. „Siege, aber triumphiere nicht“, so mahnte Marie von Ebner-Eschenbach zu innerer Größe. Dieses Zitat hat für mich auch mit politischer Weitsicht zu tun, der Fähigkeit, aus Gegnern Verbündete zu machen.

Das Geschehen in der Ukraine ist doch Teil eines viel größeren Konfliktfelds. Die bisherige, westlich geprägte Weltordnung gerät ins Wanken, Kräfteverhältnisse ändern sich, Gewalt flammt auf. Europa befindet sich in einer Abstiegsphase. Vor diesem Hintergrund wäre eine Friedensordnung unter Einbeziehung Russlands eine Chance, noch viel weiter zu denken: hin zu einem Bündnis zum gegenseitigen Vorteil im Rahmen des eurasischen Kontinents.

Jacques Baud: Frieden in der Ukraine – Zwölf Jahre Unvereinbarkeit von Ost und West. Neu-Isenburg 2026, Westend Verlag, Taschenbuch, 363 Seiten, ISBN 978-3987913853, 32 Euro.

Titelbild: travelarium.ph / Shutterstock

[«1] Baud, S. 11ff

[«2] ebenda, S. 22f

[«3] ebenda, S. 24

[«4] Empfehlenswert: Lothar Schröter: Der Ukraine-Krieg. Die Wurzeln, die Akteure und die Rolle der NATO. Edition Ost, 347 S., geb., 32 €.

[«5] Daniele Ganser: Kampf der Giganten. Warum China und Russland die globale Vorherrschaft der USA ablehnen. Westend Verlag 2026, 350 S., geb., 32 €, S. 102 ff

[«6] Baud, S. 13

[«7] Georg Auernheimer: Die Strategische Falle. Die Ukraine im Weltordnungskrieg. PapyRossa, 191 S., br., 16,90 €.

[«8] incident.obozrevatel.com/crime/dmitrij-yarosh-esli-zelenskij-predast-ukrainu-poteryaet-ne-dolzhnost-a-zhizn.htm

[«9] Baud, S. 68f

[«10] Baud, S. 136

[«11] ebenda, S. 162

[«12] nytimes.com/interactive/2025/12/30/world/europe/ukraine-war-us-russia.html

[«13] faz.net/aktuell/politik/inland/boris-pistorius-ueber-bedrohung-aus-russland-die-nato-kann-sich-wehren-accg-110781217.html

[«14] Baud, S. 210 ff

[«15] ebenda, S. 288

[«16] ebenda, S. 295

[«17] ebenda, S.164

[«18] n-tv.de/ticker/Merz-wirft-Russland-Bedrohung-der-Friedensordnung-Europas-vor-id31370061.html

[«19] sueddeutsche.de/politik/verhandlungen-ueber-kriegsende-ukraine-gespraeche-usa-wollen-europaeer-an-den-tisch-bringen-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-261111-930-976545

[«20] vz.ru/opinions/2026/11/14/1476148.html